

# Die liberal-soziale Marktwirtschaft

*Verabschiedet vom Parteitag am 14. Februar 2009 in Solothurn*

## 1. Ausgangslage

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums (...), sondern die sozial verpflichtete, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit oben anstellt und der Leistung dann auch den verdienten Ertrag zugute kommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“ (Ludwig Erhard, Kongress der CDU 1948).

Die Aussage des Vaters der sozialen Marktwirtschaft könnte 60 Jahre später nicht moderner sein. Denn die aktuelle Finanzmarkt- bzw. Wirtschaftskrise wirft grundlegende Fragen über die Nachhaltigkeit des heutigen Wirtschaftssystems sowie die unternehmerische Verantwortung und Haftung auf. Aus Sicht der CVP veranschaulichen die aktuellen Vorkommnisse, was geschieht, wenn langfristiges Denken dem kurzfristigen Gewinnstreben Einzelner untergeordnet und der Ausgleich zwischen individuellen ökonomischen und gemeinschaftlichen Werten vernachlässigt wird. Versagt hat nicht das marktwirtschaftliche System an sich: Dieses Modell hat sich als wirtschaftliche Ordnung bewährt und unserem Land in vieler Hinsicht Fortschritt, Entwicklung und Wohlstand ermöglicht. Versagt haben vielmehr gewisse Akteure, die sich zu viele Freiheiten herausgenommen und zu wenig Verantwortung wahrgenommen haben. Bewährte Tugenden wie Vorsicht und gesunder Menschenverstand, Anstand und Bescheidenheit sowie Mitverantwortung für das Ganze sind teilweise verloren gegangen. Ermöglicht bzw. gefördert wurde dies durch Fehlanreize im System, die auf eine kurzfristige statt auf eine langfristige und nachhaltige Unternehmenspolitik ausgerichtet waren bzw. sind.

Um solche Fehlentwicklungen in Zukunft zu vermeiden, muss das System neu justiert werden: Zurück zu den Maximen von Ludwig Erhard, zurück zu langfristiger und nachhaltiger Unternehmenspolitik. Die CVP will den Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder zum Durchbruch verhelfen, indem den Akteuren die richtigen Anreize gesetzt werden, sowohl mittels gesetzlicher Regeln als auch mit dem Mittel der Selbstregulierung.

## 2. Unsere Eckwerte zur liberal-sozialen Marktwirtschaft

Die liberal-soziale Marktwirtschaft prägt seit Jahrzehnten das Denken und Handeln der CVP: Sie ist den Grundsätzen der Freiheit und der Gerechtigkeit verpflichtet. Erst dieses Zusammenspiel ermöglicht Entfaltung und schafft Vertrauen und Wohlstand.

Nach dem Verständnis der CVP muss die wirtschaftliche Entwicklung letztlich im Dienste der gemeinsamen Interessen aller Menschen stehen. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt. Unternehmerische Freiheit setzt unternehmerische Verantwortung voraus. Die liberal-soziale Marktwirtschaft baut auf Eigenverantwortung des Einzelnen und Solidarität mit den Schwachen. Sozialleistungen sind nur dann gewährleistet, wenn das notwendige Kapital dazu vorher durch eine dynamische Wirtschaft erarbeitet werden kann. Der Staat und die Sozialpartner schaffen die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum, während die Unternehmungen Wachstum und Arbeitsplätze in privater Initiative generieren. Dazu braucht es einen fairen und internationalen Wettbewerb ohne Marktverzerrungen. Eine dynamische Wirtschaft sorgt am besten für Preisstabi-

lität, Vollbeschäftigung, familienfreundliche Arbeitsmodelle und die Sicherung der Sozialwerke.

Trotz Finanzkrise ist festzuhalten, dass eine weit überwiegende Zahl der Unternehmen vorbildlich und vorausschauend geführt wird. Diese gilt es zu unterstützen und zu stärken. Dabei verdienen die KMU als Rückgrat unserer Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Die CVP nimmt die Wirtschaft gleichzeitig in die Pflicht und ruft die Führungsorgane auf, den ethischen Führungsgrundsätzen mehr Achtung zu schenken. Kurzfristige Gewinnoptimierung, Quartalsdenken und Exzesse bei Lohn- und Anreizsystemen gefährden den sozialen Zusammenhalt, den Arbeitsfrieden und die freiheitliche Wirtschaftsverfassung unseres Landes. Solche Verhaltensweisen auf Kosten der nachhaltigen Entwicklung unserer Wirtschaft und auf Kosten der langfristigen Interessen von Stake- und Shareholdern widersprechen unseren Grundsätzen und werden von der CVP abgelehnt.

In unserer Wissensgesellschaft sind wir mit offenen Märkten, mit der Globalisierung und mit demographischen Herausforderungen konfrontiert. Als Folge dieser Entwicklung ist unter anderem eine Verstärkung des Wettbewerbs europa- und weltweit um die besten Köpfe zu beobachten. Wirtschaftswachstum wird primär durch Forschung, Innovation und Bildung erzielt. Die besten Köpfe stellen für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz eine unverzichtbare Grösse dar. Für ein effizienteres Forschungs- und Bildungsklima sind die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dabei ist insbesondere der produktiven Umsetzung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung in die wirtschaftliche Praxis vermehrt Rechnung zu tragen.

Die CVP fördert eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Wirtschaft, welche den Lebensraum schont und mit den natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll umgeht. Die CVP ist überzeugt, dass ökonomische und ökologische Ziele nicht im Widerspruch stehen, sondern dass sich diese Anliegen gewinnbringend vereinbaren lassen. Umweltschutz bietet wirtschaftliche Chancen: Die politischen Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass die Schweiz diese Chancen optimal nutzen kann.

### 3. Unsere Forderungen

Zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise und um den Grundsätzen der liberal-sozialen Marktwirtschaft Geltung zu verschaffen, stehen für die CVP folgende Massnahmen im Vordergrund:

#### 3.1 Arbeitsplätze sichern für jung und alt

Im Fokus der CVP stehen die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Junge und ältere Arbeitnehmende sind von personalpolitischen Sparmassnahmen besonders betroffen. Die CVP fordert gezielte Massnahmen, um die Chancen für diese Personen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und deren soziale Sicherheit zu gewährleisten:

##### Ältere Arbeitnehmende:

- a) Die Benachteiligungen von älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt sind aufzuheben. Die CVP hat 2005 ein Postulat eingereicht, mit welchem die heutige Regelung der Altersgutschriften im BVG hätte geändert werden sollen. (05.3651 – Postulat Ältere Arbeitnehmer stärken. Änderungen der Altersgutschriften im BVG [http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20053651](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20053651)). Trotz Ablehnung des Bundesrates vertritt die CVP noch immer die Auffassung, dass die Leistungen der Arbeitgebenden für die berufliche Vorsorge bei Arbeitnehmenden über 55 Jahre zu hoch sind. Die CVP fordert deshalb einen linearen und gleichen Beitragssatz für die Arbeitgebenden – unabhängig vom Alter der Mitarbeitenden.
- b) Bei der laufenden BVG-Revision sind die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit für Personen, die wenige Jahre vor der Pensionierung aus einem Unternehmen ausscheiden, die Weiterführung der beruflichen Vorsorge im bisherigen Rahmen mit der sogenannten externen Mitgliedschaft weiterhin möglich ist.

##### Junge Arbeitnehmende:

- c) Um während der jetzigen Phase einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit entgegen zu wirken, sollen Unternehmen, die Praktikumsplätze für Auszubildende, Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sowie Hochschulabsolventen anbieten, unterstützt werden: Für solche Arbeitnehmenden sind die Prämien von AHV und ALV während **höchstens einem Jahr** zu erlassen, die Betroffenen sollen aber trotzdem die Gutschrift erhalten. Diese Regel ist als Unterstützungsmassnahme gesetzlich auf 5 Jahre zu befristen. Hingegen soll verhindert werden, dass reguläre Arbeitsplätze in Praktikantenstellen umgewandelt werden.

#### 3.2 Familien steuerlich entlasten: Konsum stützen

- a) Die steuerliche Entlastung der Familien hat für die CVP oberste Priorität: Indem die Familienbudgets entlastet werden, kann der Inlandkonsum direkt gestärkt werden.

- b) Die CVP fordert zum einen Sofortmassnahmen, um Familien mit Kindern so zügig wie möglich zu entlasten: Diese bestehen in der Einführung eines Kinderbetreuungs- und eines Ausbildungsabzugs sowie in der Steuerbefreiung von Kinder- und Ausbildungszulagen. Gleichzeitig fordert die CVP, dass für Familien mit Kindern - ausgehend vom bestehenden System - ein reduzierter, nach Anzahl Kinder abgestufter Tarif ("Kindertarif") eingeführt wird: Je mehr Kinder eine Familie hat, desto tiefer soll die Besteuerung ausfallen.
- c) Um die erhofften Wirkungen auf den Inlandkonsum zu erreichen, fordert die CVP eine dringliche Umsetzung: Die Familiensteuerreform soll bereits mit Wirkung auf die Steuerzahlung 2010 in Kraft treten.

### **3.3 Unternehmerische Verantwortung stärken**

- a) Wir erwarten von den Unternehmen, dass sie ihre Verantwortung gegenüber ihren Angestellten wahrnehmen. Um den wirtschaftlichen Abschwung zu überbrücken, sollten die Unternehmen erstens auf die Arbeitsbeschaffungsreserven und zweitens auf das Instrument der Kurzarbeit zurückgreifen. Personalabbau darf nur die letzte Option sein.
- b) Die unternehmerische Verantwortung ist mit der laufenden Aktienrechtsrevision zu stärken. Um gewissen Auswüchsen bei Lohn- und Anreizsystemen entgegen zu wirken, ist die Salärpolitik bei börsenkotierten Schweizer Unternehmen zu korrigieren: Neu soll ein vollständiges und transparentes Vergütungsreglement, welches das gesamte Vergütungssystem (inkl. erfolgsabhängige Besoldungsteile) umfasst sowie die Bemessungskriterien klar festlegt und sich am langfristigen Erfolg des Unternehmens orientiert, durch die Generalversammlung genehmigt werden. Die Löhne des Managements sind durch den Verwaltungsrat zu bestimmen, diejenigen des Verwaltungsrats durch die Generalversammlung. Die Volksinitiative "Gegen die Abzockerei" (sog. „Trybol-Initiative“) geht am Ziel vorbei, da sie die Verantwortlichkeiten in der Unternehmensführung verwischt, kurzfristiges Denken fördert und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz schwächt.
- c) Bei der laufenden Aktienrechtsrevision ist stärker zwischen börsenkotierten Unternehmen und nicht börsenkotierten Unternehmen (KMU) zu unterscheiden. Die CVP setzt sich dafür ein, dass die KMU möglichst entlastet werden: Insbesondere sind das jederzeitige Auskunftsrecht von Aktionären nicht-börsenkotierter Gesellschaften abzulehnen und die Rechnungslegung so auszugestalten, dass keine unnötigen bürokratischen Lasten für KMU entstehen.
- d) Mit einer Neuregelung des Stimmrechts in der börsenkotierten AG soll die Machtübernahme durch Minderheiten zwecks kurzfristiger Gewinnmaximierung verhindert und eine nachhaltige Unternehmensführung gesichert werden. Im Rahmen der laufenden Aktienrechtsrevision müssen die notwendigen Massnahmen getroffen werden, damit in Zukunft mehr Transparenz über die Besitzverhältnisse des Aktienkapitals herrscht. Zudem sollten möglichst alle Aktionäre eingetragen und auch an der GV vertreten sein (institutionelle Stimmrechtsvertretung, Dispo-Aktien, Empty voting).

### **3.4 Wirtschaftsstandort Schweiz stärken**

- a) Die Mehrwertsteuer muss vereinfacht werden. Die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit dem Vorsteuerabzug sowie der administrative Entrichtungsaufwand für die Unternehmungen sind auf den 1.1.2010 spürbar zu senken.
- b) Im Rahmen der Exportrisikoversicherung sind die Finanzierungskosten für die Exporteure zu reduzieren und der Zugang zu Exportfinanzierungen zu erleichtern. Damit soll der veränderten Exportrisikolage Rechnung getragen werden.
- c) Die Mittel der Landeswerbung sind gezielt für die Standortpromotion (v.a. Exportwirtschaft) zu verwenden; z.B. sind die Mittel von Präsenz Schweiz primär für die Tourismuswerbung einzusetzen.
- d) Öffentliche Investitionsprogramme müssen sich auf diejenigen Bereiche, die von den Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise besonders stark betroffen sind, sowie auf ausführungsfähige Projekte beschränken. Sie sind nach Beschäftigungswirksamkeit zu priorisieren. Überdimensionierte, breit angelegte Konjunkturpakete lehnen wir ab: Diese greifen in der Regel zu spät, festigen nur bestehende Strukturen und sind fiskalpolitisch unverantwortbar.

### **3.5 Arbeitslosenversicherung wirtschaftsverträglich sichern**

- a) Die Arbeitslosenversicherung (ALV) bedarf einer finanziellen Konsolidierung. Die CVP unterstützt die geplante Revision, da sie für die Sicherung dieses Sozialwerkes notwendig ist. Doch im jetzigen Moment wären Leistungskürzungen für die Arbeitnehmenden bzw. zusätzliche Belastungen für die Unternehmen und Arbeitnehmenden nur schwierig zu verkraften.
- b) Darum fordert die CVP, dass während der rezessiven Phase auf entsprechende Massnahmen verzichtet wird: Das In-Kraft-Treten der ALV-Revision, die sowohl leistungsseitige Massnahmen als auch Beitragserhöhungen vorsieht, soll bis 2012 hinausgeschoben werden.
- c) Arbeitsplätze halten ist die grösste Herausforderung in rezessiven wirtschaftlichen Zeiten. Aus diesem Grund ist auch die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung der zentrale Entscheid des Konjunkturpaketes 2. Unternehmen soll damit ermöglicht werden, aufgrund der Auftragsmängel die Kurzarbeitsentschädigung zu verlängern. Diese Massnahme nützt allen KMU, ist schnell wirksam und schützt die Arbeitsplätze. Für die Exportindustrie schafft diese Massnahme die effizienteste Hilfe. Wichtig dabei ist, dass die Zahlungen an die Unternehmen rechtzeitig erfolgen.